
Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2012

Inhaltsverzeichnis:	Seite:
1. Geschäft und Rahmenbedingungen	2
1.1 Geschäft	2
1.2 Rahmenbedingungen	2
2. Ertragslage	4
2.1 Umsatzerlöse	4
2.2 Erträge	4
3. Finanzlage	6
4. Vermögenslage	6
4.1 Vermögenslage im Betriebszweig Grünflächen	6
4.2 Vermögenslage im Betriebszweig Bestattungswesen	7
5. Nachtragsbericht	8
6. Risikobericht	8
6.1 Risiken im Grünflächenwesen	8
6.2 Risiken im Bestattungswesen	9
7. Prognosebericht	11
7.1 Chancen im Grünflächenwesen	11
7.2 Chancen im Bestattungswesen	11
8. Spezialgesetzliche Angabepflichten	12
8.1 Änderungen im Bestand der zum Eigenbetrieb gehörenden Grundstücke und grundstücksgleichen Rechten	12
8.2 Leistungsfähigkeit und Auslastungsgrad der wirtschaftlichen Anlagen	12
8.3 Stand der geplanten Bauvorhaben	13

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1 Geschäft

Der zum 01.01.1998 gegründete Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen gliedert sich in die Betriebszweige

- **Grünflächenwesen, einschließlich der Stadtgärtnerei** und
- **Bestattungswesen, einschließlich des Krematoriums.**

Der Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen plant, baut, pflegt und unterhält den öffentlichen Freiraum sowie die städtischen Friedhöfe in Koblenz. Darüber hinaus werden die Stadtgärtnerei und das kommunale Krematorium betrieben sowie das Bestattungswesen organisiert. Die beiden Betriebszweige Grünflächen- und Bestattungswesen werden finanz- und betriebswirtschaftlich als eigenständige Unternehmen geführt. Organisatorisch sind die beiden Betriebszweige zusammengefasst, was eine optimierte Umsetzung der vielfältigen Aufgaben gewährleistet.

Der Betriebszweig **Grünflächenwesen** ist ein **reiner Dienstleistungsbetrieb**, der seine Aufträge aus der Kernverwaltung der Stadt Koblenz im Wesentlichen für die Bereiche Grünanlagen, Spiel- und Bolzplätze, Schulaußenanlagen, Straßenbegleitgrün und Ausgleichsflächen erhält. Das Stammkapital beträgt für diesen Betriebszweig 200.000 €.

Der Betriebszweig **Bestattungswesen** erfüllt die **öffentlich-rechtliche Aufgabe des Friedhofswesens** und betreibt das **Krematorium**. Das Stammkapital beträgt für diesen Betriebszweig 0 €.

Der **Werksausschuss** tagte im Berichtsjahr am 07.02., 15.05., 11.09. und 06.11.2012.

Die **Leitung des Eigenbetriebes** erfolgt seit dem 01.10.2006 durch den Werkleiter Herrn Rüdiger Dittmar. Der am 12.07.2007 zum stellvertretenden Werkleiter ernannte Rudolf Kohns ist am 31.07.2011 altersbedingt aus dem Betrieb ausgeschieden. Im Berichtsjahr wurde noch kein neuer stellvertretender Werkleiter bestellt.

1.2 Rahmenbedingungen

Entwicklungen im Grünflächenwesen

Mit der Bundesgartenschau 2011 Koblenz hat sich das Koblenzer Stadtbild deutlich verändert und wird nun maßgeblich durch den neu gestalteten Freiraum geprägt. Die Einbindung der Bundesgartenschau in den städtebaulichen Kontext der Innenstadt rückte in 2011 die Bundesgartenschau in besonderem Maße ins städtische Alltagsleben und verbindet heute Stadt, Wasser und Kulturlandschaft des Mittelrheintals.

Der große Erfolg der Bundesgartenschau hat eindrucksvoll gezeigt, von welcher zentralen Bedeutung in Koblenz der Freiraum und die Einbindung der Stadt in die Landschaft und die Region sind. Für den Eigenbetrieb wurde nach der Mitwirkung in den Wettbewerbsverfahren die Bundesgartenschau mit der Entscheidung des Preisgerichtes im europaweit ausgeschriebenen Wettbewerb Ende 2006 zu einer Hauptaufgabe. Zusammen mit der BUGA 2011 GmbH und dem Eigenbetrieb erarbeiteten die als Sieger aus dem Wettbewerb hervorgegangenen Planungsbüros seit Anfang 2007 aus den Wettbewerbsentwürfen ausführungsfähige Planungen. Diese Zusammenarbeit ermöglichte von Beginn an den immer im Vordergrund stehenden Gedanken der Nachhaltigkeit der Bundesgartenschau zu gewährleisten. Lange vor der Durchführung der Gartenschau war klar, dass die Flächen nur dann erfolgreich ins Stadtleben eingebettet werden können, wenn bereits im Rahmen der Planung die Nachnutzung definiert

und die künftige Pflege berücksichtigt werden. So wurden die Grundlagen gelegt, den neu gestalteten öffentlichen Raum langfristig, qualitativ erhalten zu können.

Im Eigenbetrieb wurde mit dem Masterplan Grün 2011+ eine Strategie für den städtischen Freiraum entwickelt. Mit diesem Maßnahmenkonzept wurden bereits seit dem Jahr 2007 mit deutlichen Schwerpunkten in unterschiedlichen Stadtteilen Verbesserungen im Freiraum umgesetzt. So erfolgten nicht nur viele flankierende Maßnahmen zur Freiraumgestaltung im Umfeld der BUGA-Kernbereiche.

Insgesamt entwickeln sich die Aufgaben daher zunehmend über die öffentlichen **Grünflächen** hinaus zur Betreuung und Gestaltung des öffentlichen **Freiraums** der Stadt Koblenz.

Mit dem Großereignis Bundesgartenschau hat sich in der Stadt eine Entwicklung eingestellt, die dem Freiraum für die Lebensqualität und die Attraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort eine wesentliche Bedeutung beimisst. Gleichzeitig stellt die bundesweit schwierige Finanzsituation der Kommunen auch in Koblenz eine besondere Herausforderung dar, die unmittelbare Auswirkungen auf die für das öffentliche Grün zur Verfügung stehenden Finanzmittel haben. Zur Verbesserung der Finanzsituation in Koblenz wurden Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung getroffen und ein Eckwertebeschluss des Koblenzer Stadtrates gefasst, aus dem sich ebenfalls Anforderungen an Kostenreduzierungen ergeben. Damit steht der Notwendigkeit zur weiteren Angebots- und Qualitätsverbesserungen im öffentlichen Grün- und Freiraum die fehlende Möglichkeit hierfür die notwendigen Finanzmittel bereitzustellen unmittelbar entgegen.

Das Geschäftsfeld **Grünflächenwesen** ist somit insgesamt künftig als schwierig einzustufen.

Entwicklungen im Bestattungswesen

Die Entwicklung im Bestattungswesen wird weiterhin von einer insgesamt sinkenden Bereitschaft gekennzeichnet, für Bestattungen, Grabanlage und deren Pflege Ausgaben zu tätigen. Gleichzeitig zeichnet sich als Trend eine steigende Bereitschaft ab, für Komplettleistungen und qualitativ hochwertige Angebote höhere Ausgaben zu tätigen. Insbesondere zeichnet sich eine Trendentwicklung hin zu Angeboten von Komplettleistungen in Verbindung mit der Einäscherung, als auch zu Angeboten, die nach der Beisetzung die Grabgestaltung und deren Dauerpflege umfassen. Insbesondere aus dem privaten Betrieb von Krematorien wird die Angebotserweiterung hin zu umfassenden Komplettleistungen forciert. Damit verstärkt sich der Trend, dass in allen Bereichen des Bestattungswesens private Anbieter in bisher von Kommunen wahrgenommenen Aufgaben tätig werden.

Das **Krematorium** des Betriebszweiges steht seit Mitte 2011 mit der Eröffnung eines weiteren privaten Krematoriums im südwestlichen Nordrhein-Westfalen (Mechernich/Eifel) in einem sich weiter verschärfenden Wettbewerb. Gleichzeitig bietet das Krematorium Potential für ein Angebot von Komplettleistungen durch die Verbindung von Einäscherung und Beisetzung, das auch zur Positionierung der kommunalen Friedhöfe und zur Verhinderung von Abwanderungstendenzen von den Friedhöfen beitragen kann. Dieser bundesweit seit längerem zu beobachtende Trend war erstmals 2011 auf den kommunalen Friedhöfen festzustellen und es ergibt sich hier die Notwendigkeit einer Trendentwicklung entgegen zu wirken.

Das Geschäftsfeld **Bestattungswesen** ist somit insgesamt weiter als sehr schwierig einzustufen.

2. Ertragslage

2.1 Umsatzerlöse

Der Umsatz des Eigenbetriebes setzt sich aus den Umsätzen der beiden Betriebszweige Grünflächenwesen und Bestattungswesen zusammen.

Die Gesamtleistung des Eigenbetriebes ist nach einer Steigerung um 853 T€ im Vorjahr, 2012 um 430 T€ auf insgesamt 11,285 Mio € gesunken. Zurückzuführen ist dies auf einen reduzierten Umsatz im Bestattungswesen um 354 T€ auf 3.499 Mio € sowie einem Gesamtumsatz im Grünflächenwesen von 7.786 Mio €, der um 76 T€ unter dem Vorjahreswert lag.

Betriebszweige	2011 (in T€)			2012 in (T€)		
	Grünflächen- wesen	Bestattungs- wesen	Summe	Grünflächen- wesen	Bestattungs- wesen	Summe
Umsatzerlöse	7.579	3.109	10.688	7.538	2.938	10.476
Aktivierte Eigenleistungen	8	51	59	9	40	49
Sonst. betriebl. Erträge	275	693	968	239	521	760
Gesamtumsatz	7.862	3.853	11.715	7.786	3.499	11.285

Die Umsätze im Betriebszweig **Grünflächenwesen** setzen sich auch in diesem Jahr im Wesentlichen aus Umsätzen der Unterhaltungsleistungen von Park- und Gartenanlagen und Grünflächen anderer Ämter sowie durch Leistungen der Stadtgärtnerei zusammen. Nach den Umsatzsteigerungen der Vorjahre, die in den letzten beiden Jahren hauptsächlich auf die Ausweitung der Sanierungsmaßnahmen und auf einer Steigerung des Pflegestandards im gesamten öffentlichen Grün beruhten, stagnierte der Umsatz im Jahr 2012. Nach der Übernahme der BUGA-Flächen in die Pflege des Eigenbetriebs, die im Wesentlichen ab Juni 2012 erfolgte, sind die Sanierungsmaßnahmen aufgrund fehlender Kapazitäten zu deren Umsetzung deutlich gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen.

Die Umsatzerlöse im Betriebszweig **Bestattungswesen** lagen um 171 T€ unter dem Vorjahresniveau. Im Wesentlichen ist dies auf die rückläufigen Gebühreneinnahmen, insbesondere der Einäscherungsgebühren, zurückzuführen. Der Rückgang bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ist auf die im geringeren Umfang übernommenen Aufgaben für den Betriebszweig Grünflächenwesen zurückzuführen, die mit 189 T€ zum deutlichen Rückgang der Gesamtleistung beigetragen haben.

2.2 Erträge

Im Jahr 2012 wurde ein Gewinn von insgesamt 72 T€ erwirtschaftet. Das Jahresergebnis verbesserte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr somit um 28 T€.

Im Betriebszweig **Grünflächenwesen**, der als reiner Dienstleistungsbetrieb den städtischen Kunden die erbrachten Leistungen nach tatsächlichem Aufwand in Rechnung stellt, stieg der Gewinn von 24 T€ im Vorjahr auf 38 T€. Der Dienstleistungsbetrieb kalkuliert keine Gewinne bei den erbrachten Leistungen ein, sondern rechnet diese nach den tatsächlichen Kosten ab.

Lediglich unterjährige Aufträge werden direkt in Rechnung gestellt und nicht nach tatsächlich entstandenen Kosten abgerechnet. Diese so genannten sonstigen Aufträge stellen die alleinige Basis für erwirtschaftete Gewinne dar.

Für den Betriebszweig **Bestattungswesen** betrug der Jahresgewinn 34 T€ nach einem Gewinn im Vorjahr von 20 T€. Damit verbesserte sich das Ergebnis in diesem Betriebszweig gegenüber dem Vorjahr um 14 T€.

Die Gebühren aus Grabnutzungsrechten verringerten sich erneut um 2,0 % nachdem sie im Vorjahr ebenfalls um 2,6 % zurückgegangen waren, was auf die Auflösung des Rechnungsabgrenzungsposten zurückzuführen ist. Die Einnahmen aus Krematoriumsgebühren verringerten sich um 16 % nachdem sie im Vorjahr um 5,4 % gesunken waren. Die Verschlechterung der Einnahmesituation konnte durch weitere Kostenreduzierungen sowie aufgrund weiterer Verbesserungen bei der Steuerung des Personaleinsatzes kompensiert werden.

Die nachstehenden Tabellen zeigen die Entwicklung der Beisetzungszahlen auf den städtischen Friedhöfen und die Einäscherungszahlen des Krematoriums in den letzten 10 Jahren, die für die Entwicklung der Gebühreneinnahmen wichtige Indikatoren darstellen.

Die Entwicklung der **Beisetzungszahlen** und die Verteilung auf Körper- und Urnenbeisetzungen der Jahre 2002 bis 2012 sind aus der nachfolgenden Tabelle zu ersehen.

Jahr	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Körper	627	637	542	493	494	452	408	407	378	333	327
Urne	576	627	643	644	660	668	764	766	760	702	717
Gesamt	1.203	1.264	1.185	1.137	1.154	1.120	1.172	1.173	1.138	1.035	1.044

Die **Einäscherungszahlen** des Krematoriums haben sich in den letzten zehn Jahren wie folgt entwickelt:

Jahr	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Gesamt	1.936	2.374	2.520	2.550	2.339	2.327	2.439	2.484	2.468	2.229	1.949

Die oben aufgeführten Beisetzungs- und Einäscherungszahlen belegen die Reduzierung der Einnahmesituation im Betriebszweig.

In der Gesamtbetrachtung konnten nach einem leicht positiven Ergebnis in 2010 durch weitere Kosteneinsparungen im Betriebszweig positive Ergebnisse in 2011 und 2012 erreicht werden. Zum Zwischenbericht zeichnete sich ab, dass aufgrund der rückläufigen Einnahmesituation kein positives Jahresergebnis zu erreichen sein würde. Durch einen wesentlich geringeren Aufwand für die technische Einrichtung des Krematoriums und ein verstärktes Controlling konnte das drohende negative Jahresergebnis abgewendet werden. Ein außerordentlicher Ertrag, durch die Gleichschaltung der Wertberichtigungen für Forderungen mit der Stadtkasse, trug in Höhe von 17 T€ zum Ergebnis bei.

3. Finanzlage

Bei einem Jahresgewinn von 72 T€ erwirtschaftete der Eigenbetrieb einen positiven Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 2.214 T€, der damit wesentlich über dem Vorjahreswert (-489 T€) liegt. Der Cash Flow aus Investitionstätigkeit liegt bei -410 T€ nachdem er im Vorjahr -724 T€ betragen hat, da im Betriebszweig Bestattungswesen sich die Auszahlungen für Investitionstätigkeiten deutlich verringert haben. Der Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit lag mit -108 T€ deutlich über dem Vorjahresniveau (-280 T€), da im Vorjahr im Grünflächenwesen Kredite vollständig getilgt wurden und somit in 2012 keine Auszahlungen für Tilgungen mehr notwendig wurden.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit im Grünflächenwesen ist mit 1.954 T€ und im Bestattungswesen mit 260 T€ jeweils positiv.

Die Liquidität und deren Entwicklung sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

Liquiditätsstatus	2011	2012
- Betriebszweig Grünflächenwesen:	T€	T€
kurzfristige Forderungen:	271	145
kurzfristige Verbindlichkeiten:	738	543
Über-/Unterdeckung	-467	-398
- Betriebszweig Bestattungswesen:	T€	T€
kurzfristige Forderungen:	317	333
kurzfristige Verbindlichkeiten:	303	233
Über-/Unterdeckung	14	100

4. Vermögenslage

Im Berichtsjahr ist das Anlagevermögen um 273 T€ gesunken und beträgt 13.946 T€. Das Umlaufvermögen hat sich um 270 T€ auf 154 T€ reduziert.

Insgesamt verringert sich die Bilanzsumme um 542 T€.

4.1 Vermögenslage im Betriebszweig Grünflächen

Das Gesamtkapital im Betriebszweig Grünflächenwesen reduzierte sich auf 1.261 T€, was (wie im Vorjahr) auf eine deutliche Reduzierung des Fremdkapitals in Höhe von 195 T€ zurückzuführen ist. Das Eigenkapital steigt um den Jahresgewinn in Höhe von 38 T€. Die Entwicklung des Eigenkapitals und der Verschuldung gegenüber dem Vorjahr ist in der nachstehenden Tabelle dargestellt.

Grünflächenwesen	2011	2012
	T€	T€
Eigenkapital	680	718
Fremdkapital	738	543
Gesamtkapital	1.418	1.261
Eigenkapitalquote	48 %	57 %
Verschuldungsgrad	52 %	43 %

Der Verschuldungsgrad des Betriebszweigs hat sich um 9 Prozentpunkte verbessert, im gleichen Verhältnis stieg die Eigenkapitalquote, wobei es sich beim ausgewiesenen Fremdkapital ausschließlich um kurzfristige Verbindlichkeiten handelt.

Die in der nachstehenden Tabelle dargestellte **Anlagendeckungsquote** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 5 Prozentpunkte verbessert.

Grünflächenwesen	2011	2012
	T€	T€
Anlagevermögen:	1.147	1.116
Eigenkapital:	680	718
Anlagendeckungsquote:	59 %	64 %

4.2 Vermögenslage im Betriebszweig Bestattungswesen

Das Gesamtkapital im Betriebszweig Bestattungswesen ist auf 13.163 T€ gesunken. Hierbei reduzierte sich das Eigenkapital (einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten) um 45 T€ und das Fremdkapital nahm um 181 T€ ab, was zu einer gegenüber dem Vorjahr um 1% verbesserten Eigenkapitalquote und entsprechend verbessertem Verschuldungsgrad führt. Die Entwicklung des Eigenkapitals und der Verschuldung gegenüber dem Vorjahr ist in der nachstehenden Tabelle dargestellt.

Bestattungswesen	2011	2012
	T€	T€
Eigenkapital	11.527	11.482
Fremdkapital	1.862	1.681
Gesamtkapital	13.389	13.163
Eigenkapitalquote	86 %	87 %
Verschuldungsgrad	14 %	13 %

Die in der nachstehenden Tabelle dargestellte **Anlagendeckungsquote** hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1% verbessert und liegt damit weiterhin auf sehr hohem Niveau.

Bestattungswesen	2011 T€	2012 T€
Anlagevermögen:	13.072	12.830
Eigenkapital:	11.527	11.482
Anlagendeckungsquote:	88 %	89 %

Der **Rechnungsabgrenzungsposten**, in dem die Grabnutzungsgebühren zusammengefasst sind, reduzierte sich zum 31.12.2012 durch Auflösungen in Höhe von 1.261 T€ und Zuführungen von 1.182 T€ auf insgesamt 11.187 T€. Somit verringerte sich der Rechnungsabgrenzungsposten um 79 T€.

5. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Wirtschaftsjahres sind nicht eingetreten.

6. Risikobericht

6.1 Risiken im Grünflächenwesen

Im Grünflächenwesen besteht eine Korrelation zwischen der **gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** und deren unmittelbaren Einfluss auf die Finanzkraft der Kommunen. Starke gesamtwirtschaftliche Rückgänge und damit verbundene Einnahmerückgänge der Kommunen, wie sie sich aus den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise ergeben haben, stellen ein bedeutendes Risiko für die Umsatzentwicklung dar. Auch wenn die aktuellen Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung positiv sind, besteht ein grundsätzliches Risiko durch eine schwierige Prognose der künftigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Allerdings stellt unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die **Verschuldung der kommunalen Haushalte** verbunden mit Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, wie sie auch in der Stadt Koblenz beschlossen sind, ein erhebliches Risiko für die Umsatzentwicklung dar. Diesem Risiko wird mit einer stetigen Verbesserung der Steuerung des Personal- und Maschineneinsatzes entgegengewirkt. Gleichzeitig erfolgen die notwendigen Kapazitätserweiterungen aktuell durch einen deutlich verstärkten Unternehmereinsatz, der bei einem Rückgang der Einnahmesituation unter der Maßgabe der Standardreduzierung kurzfristig abgebaut werden kann.

Das **zentrale Risiko** des Betriebszweigs liegt jedoch weiterhin in der dauerhaften **Sicherung der Pflege** und Unterhaltung **der im Zuge der Bundesgartenschau 2011 geschaffenen Flächen** und Freiraumqualitäten. Die Finanzierung der Pflege und Unterhaltung der neu hergestellten Flächen ist zwar für das Jahr 2013 gesichert. Allerdings ist die personelle Ausstattung aktuell erst auf die außerhalb der eigentlichen Gartenschau zu pflegenden Flächen abgestimmt und die erforderliche Anpassung der Personalkapazitäten für die Pflege der Daueranlagen ist lediglich bis Ende 2013 gesichert. So ergibt sich aus dem Risiko einer sinkenden Finanzkraft der Stadt Koblenz und mit dem beschlossenen Konsolidierungskurs des städtischen Haushalts ein **sehr hohes Risiko** bezüglich der Sicherung der Freiraumqualitäten.

Diesem Risiko wurde bereits seit Beginn der Umsetzung der Planungen der Daueranlagen durch die intensive Einbindung des Eigenbetriebs in die Planungsprozesse begegnet. Im Berichtsjahr wurde der Endausbau der Daueranlagen auf der Grundlage der entsprechenden politischen Beschlüsse zu dieser Daueranlagenkonzeption weitestgehend abgeschlossen. Im März des Vorjahres, also bereits vor der Eröffnung der Bundesgartenschau, wurden die jährlichen Pflege- und Unterhaltungskosten beziffert und der Verwaltungsspitze dargelegt sowie

im Folgenden den politischen Gremien vorgestellt. Unabhängig davon, muss die Mittelbereitstellung zur Pflege und Unterhaltung der Daueranlagen jährlich durch die politischen Gremien neu beschlossen werden.

Im Zuge des **Masterplans Grün 2011 +** wurde ein Handlungsprogramm für den öffentlichen Freiraum erarbeitet, welches die zentralen Themen, so genannte Leitthemen, für den städtischen Freiraum formuliert. Im Berichtsjahr konnten über die Sanierung 2011+ die wichtigsten begonnenen Maßnahmen fortgeführt werden. Allerdings besteht weiterhin ein deutliches Risiko aufgrund des umfangreichen Sanierungsstaus und der zurzeit noch fehlenden stadtteilbezogenen Priorisierung und der langfristigen Bereitstellung der Finanzmittel. Im Berichtsjahr hat sich dieses Risiko verschärft, da keine ausreichenden Kapazitäten zur Verfügung standen, die notwendigen Planungen zur Beseitigung des umfänglichen Sanierungsstaus durchzuführen. Diesem Risiko soll begegnet werden, in dem in den Folgejahren ein planerischer Schwerpunkt auf diese Sanierungsmaßnahmen gelegt wird.

Die Nacherfassung des **städtischen Baumbestandes** wurde im Berichtsjahr fortgeführt und zeigt einen weiterhin sehr hohen Handlungsbedarf aufgrund der Überalterung und umfänglichen Vorschädigung der Bäume. Diesen **sehr hohen Risiken** kann nur mit einer intensiven Baumpflege und konsequenten Pflege des Jungbaumbestandes sowie umfänglichen Erneuerungen des Stadtbaumbestandes entgegen gewirkt werden. Durch die Besetzung der eingerichteten Stelle Stadtbaumanagement und der Erarbeitung des Stadtbaumkonzeptes konnten die Risiken reduziert werden. Allerdings werden zurzeit keine Finanzmittel für die bei Neu- und Nachpflanzungen erforderlichen Investitionen zur Verfügung gestellt. Somit ist dieses Risiko weiter als sehr hoch einzustufen.

In der **Organisations- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung** „Zentraler Betriebshof der Stadt Koblenz“ hat die Mittelrheinische Treuhand GmbH im Jahr 2007 alternative organisatorische Vorgehensweisen im Rahmen der Funktionsausübung innerhalb der Stadt Koblenz betrachtet. Im Hinblick auf unterschiedliche Produkte wurden alternative organisatorische Strukturen formuliert. In Zusammenarbeit mit dem Koblenzer Entsorgungsbetrieb (EB 70) wurde eine auch gesamtwirtschaftlich für die Stadt günstigste Organisationsalternative erarbeitet. Diese sieht vor, die Pflege des Straßenbegleitgrüns, einschließlich der Reinigung im Pflegegang, weiterhin durch den Eigenbetrieb 67 durchführen zu lassen. Durch einen entsprechenden Beschluss des Stadtrates, den zwischen den beiden Eigenbetrieben erarbeiteten Organisationsvorschlag umzusetzen, wurde die Position des Eigenbetriebs 67 als „Generalunternehmer Grün“ gestärkt und das Risiko erheblicher Umsatzrückgänge durch Organisationsveränderungen wird aktuell als gering eingestuft.

6.2 Risiken im Bestattungswesen

Das Risiko **sinkender Gebühreneinnahmen** ist weiterhin als extrem hoch einzustufen. So verstärkt sich die Entwicklung der Abwanderung von Bestattungen auf kommunalen Friedhöfen, beispielsweise durch eine Konzentration von Urnenbeisetzungen durch Krematorien, die Nutzungsrechte auf öffentlichen Friedhöfen erwerben. Die **abnehmenden Bestattungszahlen** führen zu einem entsprechenden Umsatzrückgang und zu reduzierten Zuführungen zum Rechnungsabgrenzungsposten. Eine Fortsetzung dieses Trends würde den bestehenden Kostendruck nochmals erheblich verstärken und hätte erhebliche Reduzierungen der bisherigen Pflegestandards zur Folge.

Dem Risiko sinkender Gebühreneinnahmen wird mit der weiteren Entwicklung eines vielfältigeren und stärker bedarfsorientierten Angebots der Bestattungsformen entgegen getreten. Hierbei wird auf die Positionierung der von Wettbewerbern angebotenen Beisetzungsformen geachtet und die Stärken des kommunalen Friedhofswesens eingesetzt. Dies bezieht sich zum einen auf die Qualität der vorhandenen Friedhöfe und Bestattungsmöglichkeiten sowie Optimierung von Arbeitsprozessen durch die Einbindung von

leichter zu pflegenden Grabarten. Weiterhin soll diesem Risiko durch eine verstärkte Beratung entgegengewirkt werden und die Beratungszeiten des im Juli 2010 eröffneten Beratungsbüro am Hauptfriedhof ausgedehnt werden.

Ein **regulatorisches und politisches Risiko** besteht weiterhin darin, auch private Friedhöfe zuzulassen, wofür es in der europäischen Union bereits Beispiele gibt. Hinzu kommt, dass auch in der Bundesrepublik in einzelnen Bundesländern Überlegungen bestehen, den Bestattungszwang für Urnen durch entsprechende Änderungen der Bestattungsgesetze zu lockern bzw. aufzuheben. Damit hat sich dieses Risiko verschärft und ist als **hoch** einzustufen. Mit der Stärkung der Positionen des Friedhofswesens im Städtetag wird im Rahmen der Mitarbeit in entsprechenden Arbeitskreisen entgegengewirkt.

Bezüglich der Umsatzerlöse des **Krematoriums** hat sich die Inbetriebnahme des privaten Krematoriums in Mechernich/Eifel, das wesentliche Teile des aktuellen Einzugsbereichs im südlichen Nordrhein-Westfalen abdeckt, erheblich ausgewirkt. Der sich verschärfende Wettbewerb mit einem weiteren privat betriebenen Krematorium hat daher zu einer deutlichen Reduzierung der Einäscherungsgebühren geführt. Die bereits bestehenden Überkapazitäten auf diesem Markt und die räumliche Dichte der Krematorien im Großraum Bonn/Koblenz können auch weiterhin auf einem sonst stabilen Markt zu einem **Verdrängungswettbewerb** führen. Zwar scheint der Rückgang der Einäscherungszahlen im Berichtsjahr seine Bodenbildung erreicht zu haben, trotzdem wird dieses Risiko für den Betrieb des Krematoriums weiterhin als substantiell eingestuft. Diesem Risiko setzt der Eigenbetrieb vor allem eine Strategie der Qualitätssteigerung und der Stärkung von Transparenz und Seriosität eines öffentlichen Krematoriums entgegen. Darüber hinaus soll das Angebot durch eine Kombination aus Kremierung und Beisetzung erweitert werden und zu einer Steigerung der Einäscherungszahlen beitragen.

Auf der Aufwandseite stellen steigende Aufwendungen für die **Pflege und Unterhaltung der Friedhofsflächen** ein hohes Risiko dar. Insbesondere der bestehende Investitionsstau bei den vorhandenen Anlagen und die steigenden Anforderungen an die Pflegequalität, die unmittelbar aus einer in den letzten Jahren verbesserten Pflege der Grünflächen abgeleitet werden, führen zu einem deutlich höheren Aufwand. Hiermit ist ein erhebliches Kostenrisiko verbunden, dem mit einer verstärkten Kostenkontrolle auf der Grundlage einer deutlich verbesserten Erfassung des Einsatzes der geleisteten Personal- und Maschinenstunden entgegengewirkt wird. Mittlerweile wurde die Ersterfassung der Flächeninhalte auf den Friedhöfen abgeschlossen und eine auf die Ebene der Grabfelder basierende Betriebsdatenerfassung umgesetzt. Darüber hinaus wurde im Berichtsjahr die Konzeption des Friedhofsentwicklungsplans vollständig erarbeitet und neben der Grundlagenermittlung mit der Einzelbearbeitung der Friedhöfe begonnen.

Weiterhin besteht für den Betriebszweig ein finanzielles Risiko durch den **neuen Friedhof Güls**. Nach der Entscheidung den Friedhof nicht für die Belegung freizugeben, wurden bereits außerplanmäßig Investitionen in Höhe von 146 T€ abgeschrieben. Offen bleibt, ob die vom Land Rheinland-Pfalz in Höhe von 74 T€ gewährten **Fördermittel**, die aktivisch von den Investitionen abgesetzt wurden, in dem Fall der Zuführung der Flächen zu einem anderen Verwendungszweck zurückzuzahlen sind. Unabhängig von der weiteren Verwendung der Flächen wird zu Grunde gelegt, dass der Buchwert bei einer Rückgabe der Flächen an die Stadt Koblenz als Einrichtungsträger vollständig erstattet wird und eventuelle Forderungen Dritter übernommen werden. In diesem Zusammenhang besteht das Risiko der Zahlung eines unterhalb des Buchwertes liegenden Grundstückspreises durch den Einrichtungsträger. Wobei sich hier eine mögliche Teilnutzung der Flächen zur Abrundung der städtebaulichen Entwicklung für das so genannte „südliche Güls“ ergeben könnte, so dass das Risiko nunmehr als **mittel** eingestuft wird.

7. Prognosebericht

7.1 Chancen im Grünflächenwesen

Durch die **Bundesgartenschau** ist die Bedeutung der Grün- und Freiflächen für die Stadt Koblenz auch in der breiten öffentlichen Wahrnehmung deutlich geworden. Daher besteht eine große Akzeptanz für das öffentliche Grün und dessen zentrale Bedeutung für die Lebensqualität und die Attraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort, die in der Bevölkerung und den politischen Gremien bewusst sind und anerkannt werden. Hinzu kommt, dass mit dem **Masterplan Grün 2011+** eine langfristige Strategie für den öffentlichen Freiraum vorliegt, deren Ziele über das Bundesgartenschaujahr 2011 deutlich hinausgehen. Mit diesem strategischen Gesamtkonzept zur Sanierung sowie nachhaltigen Entwicklung und Unterhaltung der Grünflächen im Stadtgebiet kann dieser positive Trend gefestigt werden. Die künftige Entwicklung des Betriebszweiges als Dienstleistungsbetrieb wird sich an der politischen Entscheidung ausrichten, welchen Stellenwert öffentliche Freiräume in der Stadt langfristig einnehmen werden.

Als wesentliche Grundlage wird seitens des Eigenbetriebes zurzeit eine konsequente Gesamtsteuerung zur Bewirtschaftung der städtischen Grün- und Freiflächen aufgebaut. Neben dem **Masterplan Grün 2011 +**, mit dem die planerisch konzeptionellen Rahmenbedingungen sowie die Prioritätensetzung der erforderlichen Maßnahmen erfolgen, stellt das im Aufbau befindliche **Grünflächeninformationssystem** (GRIS) die wesentliche Komponente dar. Das um die **Betriebsdatenerfassung** ergänzte Grünflächeninformationssystem wird weiter zu einem betrieblichen Steuerungsinstrument ausgebaut und soll mittelfristig auch zur Verbesserung der Kapazitätsplanung beitragen und damit für eine gesamtbetriebliche Ressourcensteuerung zur Verfügung stehen.

7.2 Chancen im Bestattungswesen

Die beschriebenen Trends der zunehmenden Individualisierung, der Gliederung des Marktes in niedrig- und hochpreisige Segmente sowie die Organisation oder Übernahme der Grabpflege als Dienstleistung erfordern eine grundlegende Neupositionierung des kommunalen Bestattungswesens. In den letzten Jahren wurden daher im Bestattungswesen ein **verstärktes Informations- und Beratungsangebot** und eine deutliche **Ausweitung des Angebots** an Bestattungsformen umgesetzt, um die Chancen der künftigen Entwicklung auf den Koblenzer Friedhöfen bewerten zu können.

Hierbei zeigt sich, dass die Möglichkeit sich besser auf die unterschiedlichen Zielgruppen sowohl im Serviceangebot als auch im Produktportfolio einzustellen, deutliche Chancen der Entwicklung ermöglicht. Künftig muss es gelingen durch eine nochmals deutlich verbesserte Information der Öffentlichkeit bereits frühzeitig eine Bindung an die kommunalen Friedhöfe und die dortigen Angebote herzustellen und so weitere Abwanderungen zu verhindern. Gleichzeitig bietet die individuelle Beratung die Möglichkeit, qualitativ hochwertige Angebote besser zu platzieren. Die erfolgte Fächerung des Angebots ermöglicht es, stark nachgefragte Bestattungsformen verstärkt anzubieten und weiterzuentwickeln. Gleichzeitig besteht die Chance konkret Angebote als Alternativen für nicht mehr nachgefragte Grabarten zu unterbreiten und zu entwickeln.

Gleichzeitig muss die Chance gezielte Angebote aus der differenzierten Gestaltung der zahlreichen Friedhöfe zu entwickeln genutzt werden. Die **Friedhofsentwicklungsplanung** wird dazu beitragen Aussagen zu treffen, auf welchen Friedhöfen künftig welche Entwicklungen umsetzbar sein werden. Die parkartige Umgestaltung künftig weniger intensiv genutzter Friedhöfe und Friedhofsteile ist beispielsweise eine Chance die neue attraktive Bestattungsformen bei gleichzeitiger Reduzierung des Pflegeaufwands ermöglichen kann. Eine weitere Chance besteht darin Einäscherung und Beisetzungen unmittelbar als Angebot zu

verbinden. Dieser durch private Krematorien verstärkt verfolgte Weg eröffnet die Chance, die **Stärken eines kommunalen Krematoriums** mit den vorhandenen Bestattungsmöglichkeiten auf den kommunalen Friedhöfen direkt zu verbinden. Hier besteht aktuell die Möglichkeit die bestehenden Kostenvorteile, die sich aus dem Vorhandensein entsprechender Flächen ergeben im Wettbewerb zu nutzen. Die Stärken des Krematoriums in Bezug auf Kompetenz und Transparenz müssen weiter herausgestellt werden, denn diese gewinnen im Wettbewerb weiter an Bedeutung.

8. Spezialgesetzliche Angabepflichten

8.1 Änderungen im Bestand der zum Eigenbetrieb gehörenden Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 10. März 2005 die Verwaltung bezüglich des **neuen Friedhofs in Güls** aufgefordert, die notwendigen Schritte einzuleiten, um die Fläche einer anderen als der geplanten Friedhofsnutzung zuzuführen. Hier werden sich erst bei einer Fortschreibung des Flächennutzungsplans substantielle Nutzungsalternativen umsetzen lassen und somit ist weiterhin nicht mit einer kurzfristigen Entscheidung über die künftige Nutzung zu rechnen.

8.2 Leistungsfähigkeit und Auslastungsgrad der wirtschaftlichen Anlagen

Nach der technischen Erweiterung des Krematoriums im Mai 2000 stehen Kapazitäten für ca. 3.000 Einäscherungen pro Jahr zur Verfügung. Im Berichtsjahr wurden alle notwendigen Unterhaltungs- und Wartungsarbeiten durchgeführt, wodurch das Krematorium weiterhin einem insgesamt sehr guten technischen Standard aufweist.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Einlieferungszahlen des Krematoriums der letzten sechs Jahre monatsweise aufgegliedert dargestellt. Ergänzt sind die Werte um die Differenzen der Einlieferungen zu den jeweiligen Vorjahren.

Monat	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
Einlieferung 2006	213	189	197	172	202	191	176	200	186	199	178	211
Differenz Vorjahr	-16	-17	-97	-20	+8	-7	-4	-22	-19	-19	-7	-16
Einlieferung 2007	206	179	185	182	204	153	196	187	160	230	196	193
Differenz Vorjahr	-7	-10	-12	+10	+2	-38	+20	-13	-26	+31	+18	-18
Einlieferung 2008	265	212	207	200	184	194	179	185	199	203	182	218
Differenz Vorjahr	+59	+33	+22	+18	-20	+41	-17	-2	+39	-27	-14	+25
Einlieferung 2009	280	239	245	194	187	208	188	209	181	191	173	203
Differenz Vorjahr	+15	+27	+38	-6	+3	14	+9	+24	-18	-12	-9	-15
Einlieferung 2010	208	201	205	201	204	188	188	201	194	184	217	226
Differenz Vorjahr	-72	-38	-40	7	17	-20	0	-8	13	-7	44	23
Einlieferung 2011	224	210	208	195	197	180	157	201	187	169	174	155
Differenz Vorjahr	+16	+9	+3	-6	-7	-8	-31	0	-7	-15	-43	-71
Einlieferung 2012	176	183	185	196	174	140	151	136	141	182	121	168
Differenz Vorjahr	-48	-27	-23	1	-23	-40	-6	-65	-46	13	-53	13

8.3 Stand der geplanten Bauvorhaben

Mit der Errichtung des **neuen zentralen Betriebshofes** sollen die Stützpunkte und Personalunterkünfte des Eigenbetriebes in der Adamsstraße und der Weinbergstraße aufgelöst werden. Mittlerweile wurde durch den Eigenbetrieb 67 eine Standortkonzeption erarbeitet, die den Gremien zur Beratung vorgelegt wurde.

Die Errichtung des Zentralen Betriebshofs durch den Eigenbetrieb 70 wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben und mit dem Bau begonnen. Dieser soll als neuer Standort für den Bezirk „Linke Moselseite“ durch Aufgabe des Standortes „Weinbergstraße“ fungieren. Der Eigenbetrieb 67 wird als Mieter auftreten und kann den Zentralen Betriebshof voraussichtlich ab 2014 nutzen.

Sanierung und Erweiterung des Standortes Beatusstraße

In der Beatusstraße muss der Sanierungsstau des bestehenden Betriebshofes durch Erneuerung des Gebäudebestandes aufgehoben werden. Die bestehenden Personal- und Lagerräume sowie Abstellflächen müssen an die derzeitigen Anforderungen angepasst und sollen um den Bedarf für die Grünflächenpflege des Bezirks „Innenstadt“ erweitert werden. Eine entsprechende Konzeption wurde dem Werkausschuss vorgelegt. Auf deren Grundlage wurde eine Vorentwurfsplanung erarbeitet, die in den Gremien beraten wurde und die unter der Prüfung von Alternativen weiter zu einer Entwurfsplanung ausgearbeitet werden soll.

Die Neueinrichtung eines Stützpunktes Rechte Rheinseite als Betriebsstützpunkt für die Grün- und Friedhofspflegekolonnen des Bezirks „Rechte Rheinseite“, einschließlich der erforderlichen Maschinen, wird in Abhängigkeit von der endgültigen Konzeption der Pflege und Unterhaltung des Parkgeländes auf dem Festungsplateau entschieden. Eine Entscheidung über eine Investition in diesem Bereich wird daher erst auf der Grundlage der Erfahrungen der Jahre 2013 und 2014 getroffen.

Koblenz, den 30.04.2013

Rüdiger Dittmar
Werkleiter